Antrag auf Erteilung einer befristeten Ausnahmegenehmigung für die analoge Verbreitung von Hörfunk in Kabelanlagen

gemäß § 4 Absatz 6 S. 3 bis 6 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes (SächsPRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 2001 (SächsGVBl. S. 69, 684), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 810), in Verbindung mit der Satzung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) über die Genehmigung der analogen Hörfunkverbreitung in Kabelanlagen vom 14.01.2019

Bezeichnung der Kabelanlage (z.B.: Ort, Ortsteil)

Angaben zum Antragsteller

Name:

Gesetzlicher Vertreter:

Anschrift:

Ansprechpartner:

Telefon:

E-Mail-Adresse:

Werden im Zeitpunkt der Antragstellung Hörfunkprogramme analog verbreitet?

ja

nein

Anmerkung: Anträge können nur für solche Kabelanlagen gestellt werden, in denen im Zeitpunkt der Antragstellung Hörfunkprogramme analog verbreitet werden.

Anzahl der Anschlussstellen im Zeitpunkt der Antragstellung

Auflistung der zum Antragszeitpunkt analog verbreiteten Hörfunkprogramme

Ausführungen zum Digitalisierungskonzept

gemäß § 4 der Satzung über die Genehmigung der analogen Hörfunkverbreitung in Kabelanlagen

Die Möglichkeit für Ausnahmegenehmigungen dient dazu, Unbilligkeiten und Härtefälle beim Erreichen des Gesetzesziels der Volldigitalisierung der Rundfunkverbreitung auszugleichen. Wesentliches Ziel ist, dass den Anschlusskunden weiterhin Hörfunksignale sächsischer Veranstalter in der Kabelanlage angeboten werden können. Mit einem Digitalisierungskonzept soll durch die Betreiber eine Perspektive für die Umstellung von der analogen auf die digitale Weiterverbreitung aufgezeigt werden. Bitte beantworten Sie hierzu folgende Fragen:

In welchem zeitlichen Rahmen ist die vollständige Analogabschaltung geplant?

Anmerkung: Nach diesen Angaben richtet sich auch die Dauer der Ausnahmegenehmigung. Diese kann bei erstmaliger Erteilung jedoch maximal für vier Jahre erteilt werden (für Kabelanlagen unter 1.000 Anschlussstellen). Es besteht allerdings die Möglichkeit der Verlängerung.

Welche technischen Angebote werden den Anschlusskunden zum Empfang von Hörfunkprogrammen gemacht?

Planen Sie, an der Kabelkopfstation analog-terrestrisch empfangbare private sächsische Hörfunkprogramme digital einzuspeisen? Falls ja, ab welchem Zeitpunkt?

Sonstige Anmerkungen zum vorgesehenen technischen und wirtschaftlichen Übergang von der analogen zur digitalen Übertragungstechnik:

Antragsbegründung

gemäß § 5 der Satzung über die Genehmigung der analogen Hörfunkverbreitung in Kabelanlagen
(Ausführungen zu beiden Alternativen sind zulässig)

Bei Antragstellung aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen:

Eine Ausnahmegenehmigung kann erteilt werden wenn Sie als Kabelanlagenbertreiber nach dem Gesamtbild der tatsächlichen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Kabelanbieter nicht in der Lage ist, die technischen Voraussetzungen für eine Übertragung in digitaler Technik zu erfüllen.

Mit welchen Kosten wäre die technische Umsetzung der digitalen Verbreitung der an der Kabelkopfstation analog-terrestrisch empfangbaren privaten sächsischen Hörfunkprogramme verbunden?

Aus welchen Gründen stehen Ihnen diese Mittel nicht zur Verfügung?

Warum sind diese nicht mit vertretbarem Aufwand zu organisieren?

Bei Antragstellung aufgrund topographischer Verhältnisse:

Ist die analoge Weiterverbreitung von Hörfunkprogrammen in Ihrer Kabelanlage aufgrund der topografischen Lage erforderlich?

(Dies kann z.B. der Fall sein, wenn die an der Kabelkopfstation analog-terrestrisch empfangbaren privaten sächsischen Hörfunkprogramme an einem Teil der Anschlussstellen nicht terrestrisch mittels Zimmerantenne empfangbar sind.)

Bitte erläutern Sie Ihre Antwort.

Nur für Kabelanlagen mit 1.000 oder mehr Anschlussstellen

Geltendmachung eines Härtefalles

gemäß § 4 Absatz 6 Satz 6 SächsPRG in Verbindung mit § 6 der Satzung über die Genehmigung der analogen Hörfunkverbreitung in Kabelanlagen

Die gesetzliche Regelung zu Ausnahmegenehmigungen für die analoge Weiterverbreitung von Hörfunk zielt in erster Linie auf kleine Kabelanlagen unter 1.000 Anschlussstellen. Jedoch hat der Gesetzgeber gesehen, dass auch oberhalb dieser Grenze in Ausnahmefällen ein Bedarf für eine befristete Weiterverbreitung von analogem Hörfunk bestehen kann. Dies wird vom Vorliegen eines Härtefalles abhängig gemacht. Eine Genehmigung ist in diesen Fällen längstens bis zum 31.12.2020 möglich.

Liegen zusätzlich zu einer der oben abgefragten Alternativen (Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse/Topographische Lage) besondere Umstände vor, die eine Ausnahmegenehmigung erforderlich machen? Welche sind dies?

.....
Datum

.....
Unterschrift Kabelanlagenbetreiber
(bei juristischen Personen gesetzlicher Vertreter)

Hinweis: Die Genehmigung wird entsprechend der gesetzlichen Vorgabe durch einen Bescheid der SLM erteilt. Für die Erteilung der Genehmigung sieht die Gebührensatzung der SLM einen Rahmen von 50 bis 250 Euro vor. Bei der Bemessung der konkreten Gebühr wird die SLM die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers berücksichtigen und - soweit der konkrete Verwaltungsaufwand durchschnittlich ist - eine Gebühr eher in der unteren Hälfte des Gebührenbereichs festsetzen.